

UNZUFRIEDENHEIT UND ZUKUNFTSSORGEN

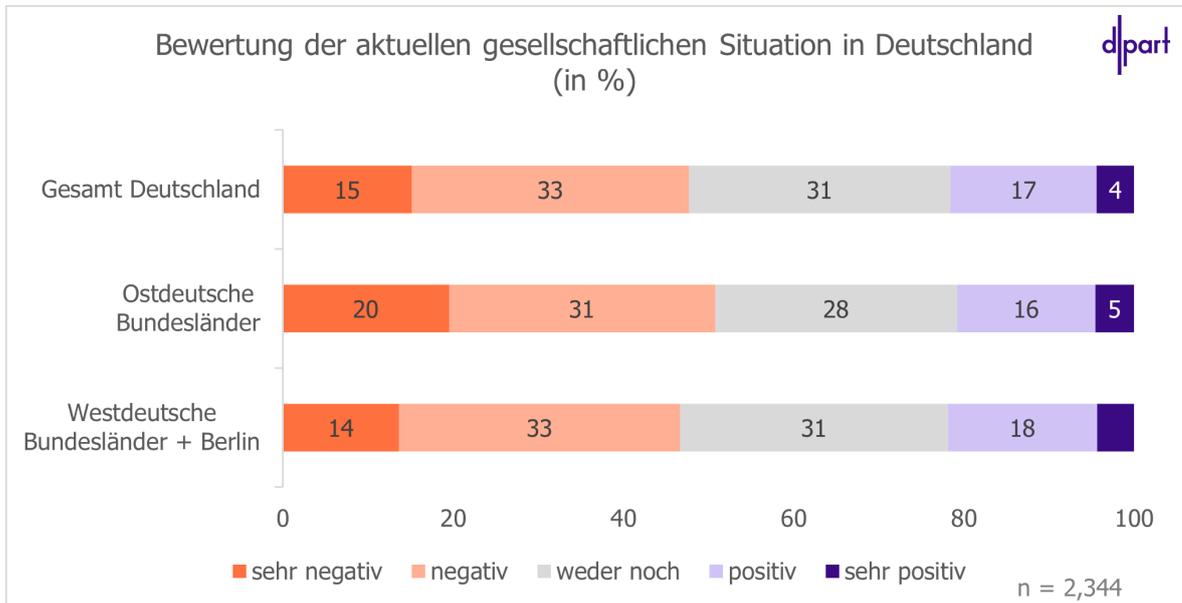
Die politische Stimmung vor den Landtagswahlen 2024 in Ostdeutschland

Wie blicken die Menschen in Deutschland auf den derzeitigen Zustand von Politik und Gesellschaft? Was macht ihnen besonders große Sorgen und welche Themen bewegen sie derzeit am meisten? Und gibt es große Unterschiede zwischen den Befragten in den westdeutschen und ostdeutschen Bundesländern?

Wir bei d|part untersuchten im Vorfeld der EU-Parlamentswahlen 2024 Gemeinsamkeiten in politischen Einstellungen, materiellen Belastungen, Sorgen und Hoffnungen der Bürger*innen in acht EU-Mitgliedstaaten in einer vergleichenden Studie. Im Hinblick auf die anstehenden Landtagswahlen erweiterten wir unsere Stichprobe in den ostdeutschen Bundesländern, um auch zusätzliche Analysen zu Ostdeutschland durchführen zu können.

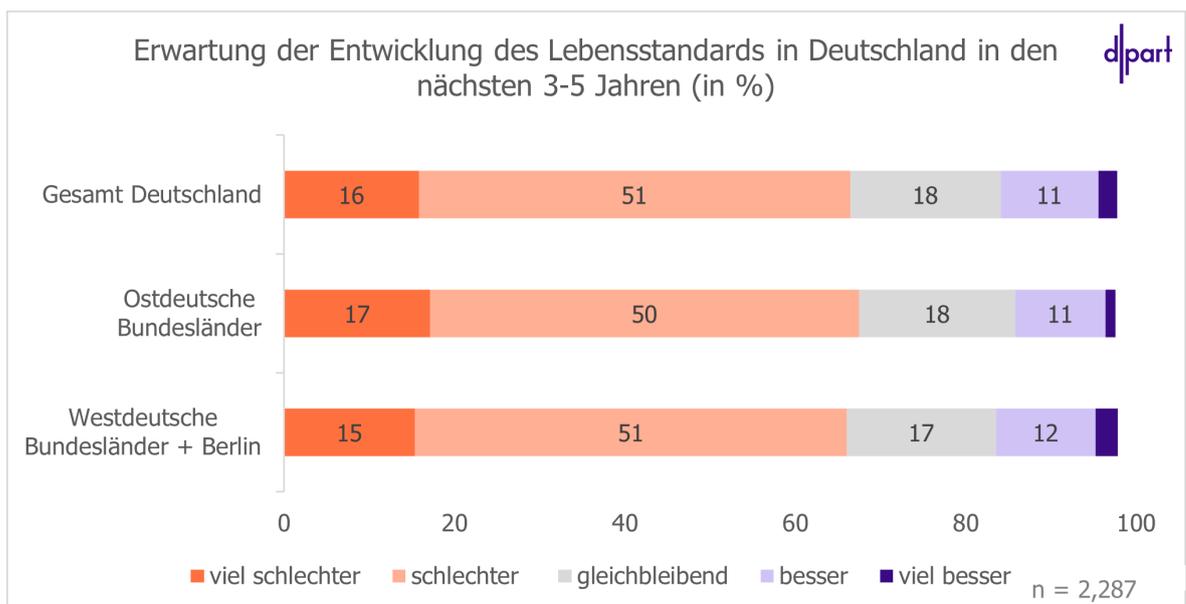
Die erwarteten höheren Zustimmungswerte für die AfD in den ostdeutschen Bundesländern führten zu der Hypothese, dass dort Unzufriedenheit und Abstiegsängste besonders ausgeprägt sind. Entgegen dieser Annahme sind die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland im direkten Vergleich jedoch geringer als erwartet und liegen stärker im Detail. Unsere Ergebnisse zeigen vielmehr, dass die Frustration und Unzufriedenheit mit der aktuellen Politik derzeit in ganz Deutschland groß sind.

Große Unzufriedenheit mit dem Status Quo und vielfach pessimistische Blicke in die Zukunft



Die negative Bewertung der aktuellen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation ist in der gesamten Bundesrepublik verbreitet. Wie Abbildung 1 zeigt, bewerten etwa die Hälfte der Befragten in Ost- wie Westdeutschland die aktuelle gesellschaftliche Situation als negativ. Viele Menschen sorgen sich derzeit um wirtschaftliche und soziale Themen wie steigende Lebenshaltungskosten, Jobunsicherheit sowie Gesundheits- und Rentenpolitik.

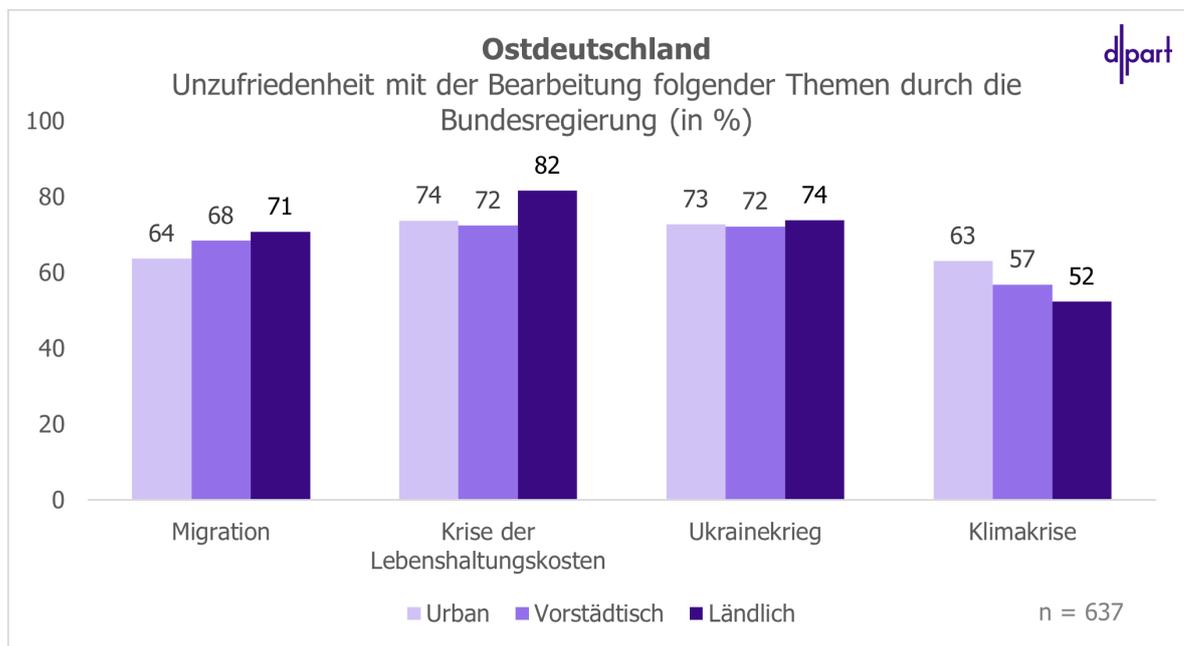
Zudem blicken 67 Prozent der Deutschen pessimistisch auf die Zukunft des Landes und erwarten eine Verschlechterung des Lebensstandards in den nächsten 3-5 Jahren. Dieser Pessimismus ist in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen ausgeprägt, wie Abbildung 2 deutlich macht.



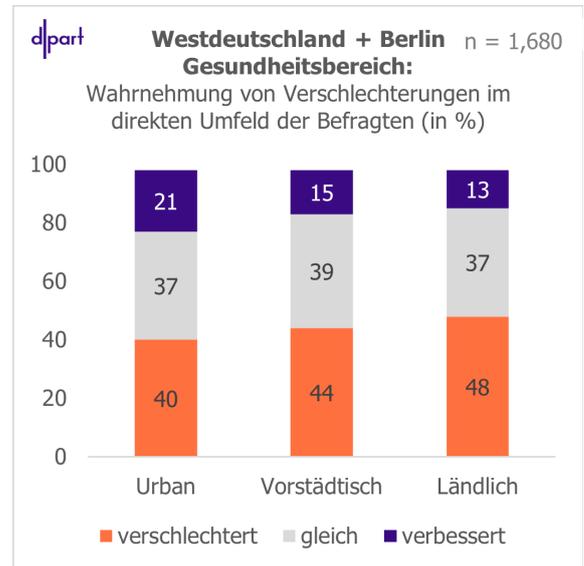
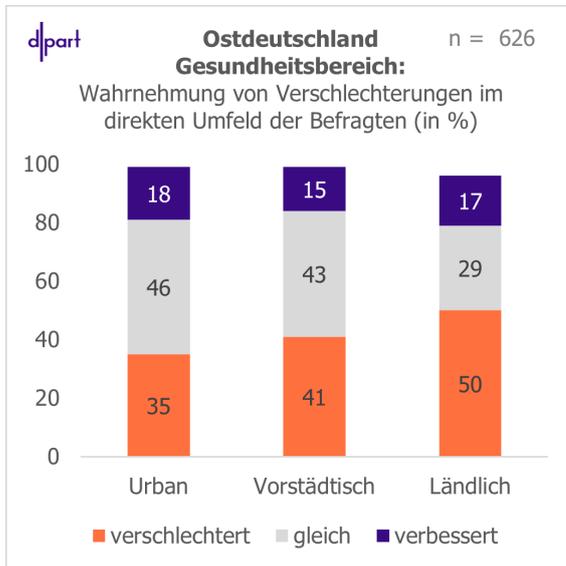
Es wäre daher zu vereinfacht, eine klare Dichotomie zwischen Ost- und Westdeutschland zu ziehen. Vielmehr liegen die Unterschiede in den politischen Ansichten der Befragten im Detail. Einer der entscheidenden Faktoren ist dabei das Wohnumfeld der Befragten. Unsere Stichprobe zeigt, dass es deutliche Unterschiede zwischen ländlichen Gebieten und städtischem Umfeld gibt, und das insbesondere in Ostdeutschland.

Viele bewerten das vergangene Krisenmanagement der Politik und lokale Entwicklungen als schlecht, besonders im ländlichen Raum

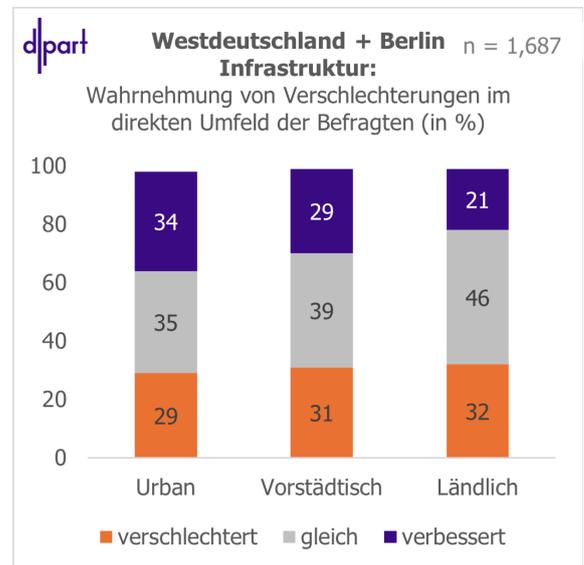
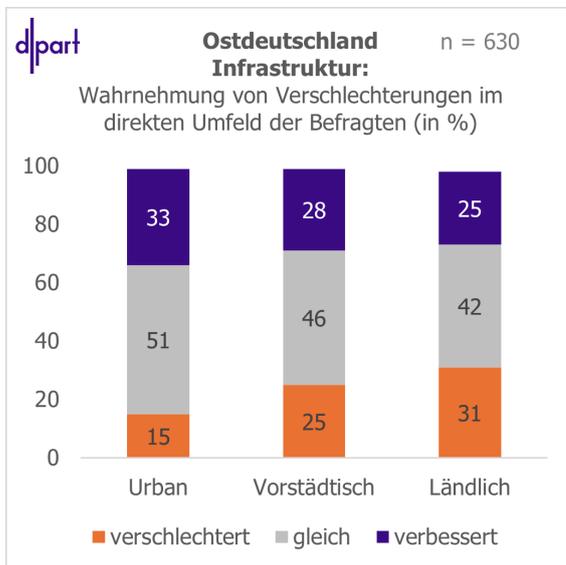
In ländlichen Gebieten, besonders in Ostdeutschland, herrscht größere Unzufriedenheit mit der aktuellen politischen Situation. Diese Unzufriedenheit zeigt sich dabei auch spezifisch in der Bewertung der Bewältigung jüngster Krisen durch die deutsche Bundesregierung, insbesondere der Krise der Lebenshaltungskosten. Mit etwa dreiviertel der Befragten ist die Unzufriedenheit mit der Bearbeitung in ganz Deutschland hoch, ist aber in den ländlichen Gebieten in Ostdeutschland mit 82 Prozent noch stärker ausgeprägt (Abbildung 3). Auch mit der Bearbeitung der Herausforderungen durch Migration sind die Befragten in den ländlichen Gebieten in Ostdeutschland unzufriedener als im urbanen Raum. Die Befragten in den städtischen Gebieten, sind hingegen deutlich unzufriedener mit der Bearbeitung der Klimakrise durch die Bundesregierung.



Die Unterschiede zwischen Befragten im ländlichen und städtischen Wohnumfeld in Ostdeutschland werden besonders deutlich bei der Wahrnehmung öffentlicher Dienstleistungen. Auf die Frage, was sich in ihrem Wohnumfeld verbessert oder verschlechtert hat, gaben 50 Prozent der Befragten auf dem Land in Ostdeutschland an, dass sich der Gesundheitsbereich verschlechtert hat, verglichen mit 35 Prozent in den ostdeutschen Großstädten. In Westdeutschland ist das Bild ausgeglichener: 40 Prozent in der Stadt und 48 Prozent auf dem Land sehen Verschlechterungen im Gesundheitsbereich.



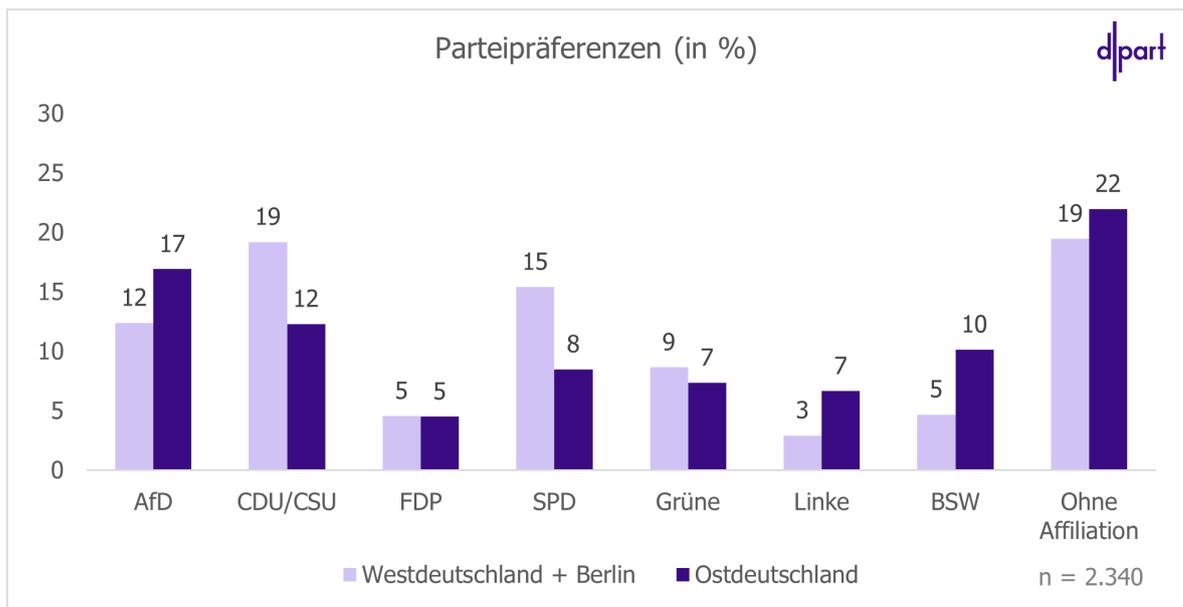
Auch die Bewertung der Infrastruktur vor Ort zeigt ein deutliches Stadt-Land-Gefälle: Während in den ostdeutschen Großstädten 33 Prozent der Befragten angeben, dass sich die öffentliche Infrastruktur verbessert hat und nur 15 Prozent eine Verschlechterung sehen, sind es in den ländlichen Regionen 31 Prozent, die Verschlechterungen angeben. In Westdeutschland liegt die Wahrnehmung näher beieinander: Jeweils rund ein Drittel der Befragten in Stadt und Land sehen Verschlechterungen in der öffentlichen Infrastruktur.



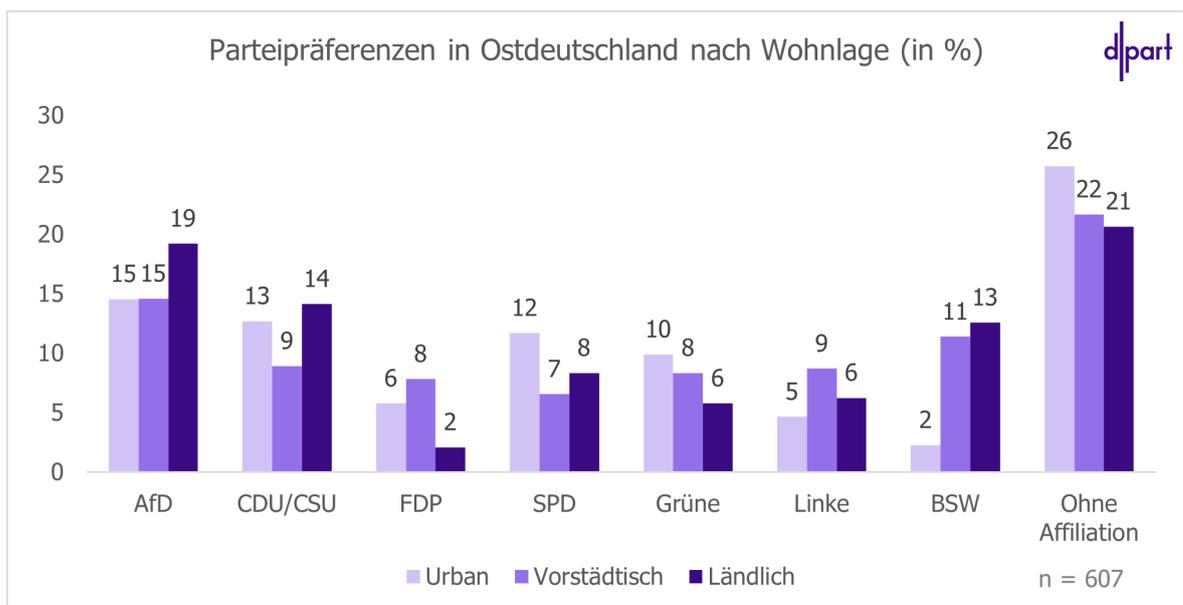
PARTEIPRÄFERENZEN IM VERGLEICH

Unzufriedenheit ist in ganz Deutschland hoch, dennoch sympathisieren vor allem in Ostdeutschland mehr Menschen mit der AfD und dem BSW

Weiterhin haben wir die Studienteilnehmenden gefragt, welcher politischen Partei sie sich am nächsten fühlen. Hier zeigen sich deutliche Unterschiede in den Parteipräferenzen zwischen den Befragten in den ost- und westdeutschen Bundesländern. Trotz des ähnlichen Unzufriedenheitsniveaus der Befragten in Ost- und Westdeutschland präferieren in den ostdeutschen Bundesländern mehr Menschen die AfD.



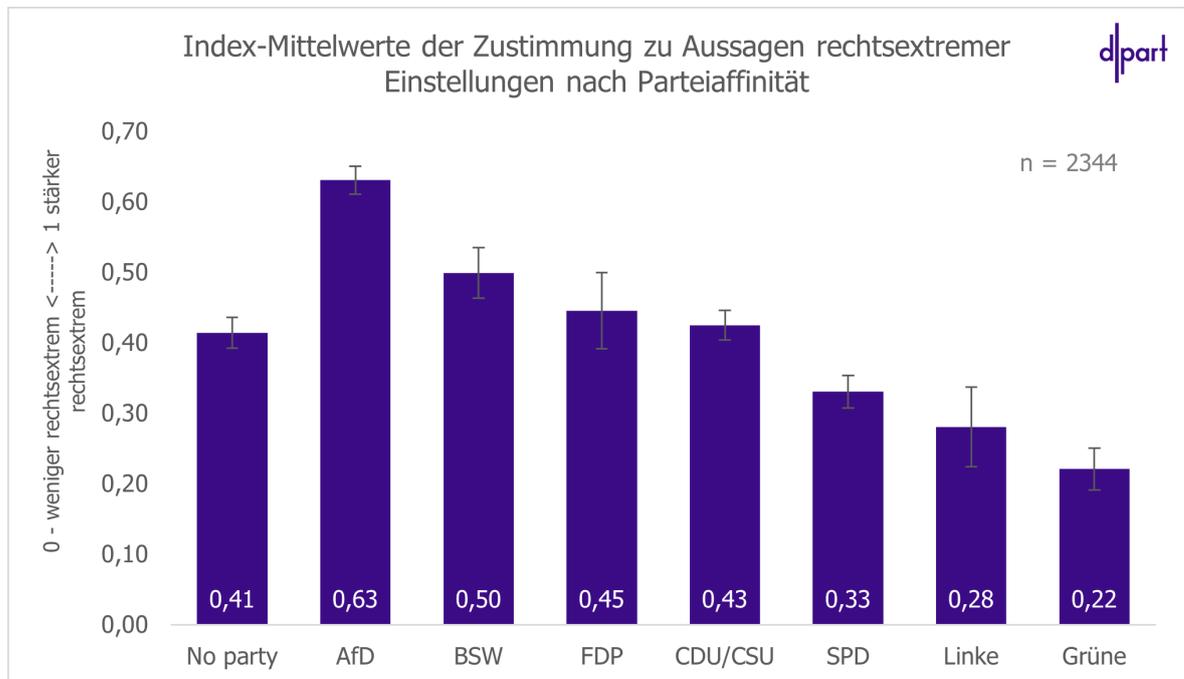
In Ostdeutschland fühlen sich deutlich weniger Befragte den etablierten Parteien wie CDU/CSU und SPD nahe. Auch die Grünen werden hier weniger als in Westdeutschland präferiert. Stattdessen fühlen sie die Befragten in den ostdeutschen Bundesländern jeweils häufiger der AfD und dem BSW nahe.



Unsere Daten zeigen zudem, dass die AfD in Ostdeutschland sowohl im urbanen Raum hohe Zustimmungswerte hat, auf dem Land jedoch noch etwas stärker präferiert wird. Für Menschen, die sich dem BSW am nächsten fühlen, ist das Potenzial insbesondere im ländlichen Ostdeutschland groß. Insgesamt geben in Ostdeutschland etwas mehr Menschen an, sich keiner Partei nahe zu fühlen, wobei dies mehr Befragte gerade in den ostdeutschen Großstädten angeben.

Normalisierung extrem rechter Positionen in der Mitte der Gesellschaft

Neben der breiten Unzufriedenheit und pessimistischem Blick in die Zukunft weisen die Studienergebnisse zudem auf eine Normalisierung antidemokratischer Einstellungen und extrem rechter Positionen in ganz Deutschland hin. Rechtsextreme Positionen werden nicht nur breit von Anhänger*innen der extremen Rechten in hohem Maße geteilt, sondern sind auch bis in die Mitte der Gesellschaft unter Unterstützer*innen konservativer, liberaler und sozialdemokratischer Parteien verbreitet, wenn auch zu unterschiedlichem Maße. Der gesamtgesellschaftliche Diskurs verschiebt sich nach rechts.



Rechtsextreme Einstellungsprofile sind dabei unter Befragten in ländlichem Wohnumfeld insgesamt stärker verbreitet, das Niveau liegt jedoch auf dem Land in Ostdeutschland nochmal deutlich höher. Sind die Zustimmungswerte für die AfD in Ostdeutschland insbesondere in ländlichen Regionen höher, während hier zugleich rechtsextremen Positionen stärker zugestimmt wird, zeigt sich: Wer denkt, dass die AfD vor allem aus Protest gewählt wird, liegt falsch. AfD-Anhänger*innen teilen verstärkt auch extrem rechte Positionen der Partei.

DEN STATUS QUO ÜBERWINDEN Demokratische Visionen für eine bessere Zukunft

Eine Kernbotschaft unseres [umfassenderen und länderübergreifenden Berichts](#) auf Englisch ist daher, dass sich demokratische Parteien aktiv gegen rechtsextreme Positionen und Narrative aussprechen sollten. Es reicht dabei nicht aus, lediglich die Agenda rechtsextremer Parteien abzulehnen oder den aktuellen Status quo zu verteidigen. Viele Menschen in Deutschland sind unzufrieden mit der Politik und der aktuellen gesellschaftlichen Situation sei es mit der Wirtschaft, dem Gesundheitswesen und der Infrastruktur.

Demokratische Parteien müssen daher eigene konstruktive Erzählung für Wandel und eine hoffnungsvolle Zukunft entwickeln, die den Eindruck vermeidet, ständig einen unbeliebten Status quo zu verteidigen. Diese muss effektiv kommunizieren und erfahrbar gemacht werden, sowohl auf nationaler als auch lokaler Ebene. Wie auch immer diese Vision gestaltet ist, dürfen dabei wirtschaftliche und sozialpolitische Aspekte nicht vernachlässigt werden.

Methodische Anmerkungen

Unser Forschungsprojekt begann mit qualitativen Kleingruppeninterviews, die wir im Januar und Februar 2024 in Frankreich und Deutschland durchgeführt haben, um zu untersuchen, wie Bürger*innen intuitiv über aktuelle soziale, wirtschaftliche und politische Debatten sprechen.

Dies bildete die Grundlage für eine umfassende quantitative Umfrage in acht EU-Mitgliedstaaten: Deutschland, Frankreich, Polen, Italien, Griechenland, Rumänien, Lettland und Schweden. Die für die 18- bis 80-jährigen Bevölkerung repräsentative Umfrage wurde vom 10. April bis zum 2. Mai 2024 online durchgeführt und umfasste insgesamt 10,664 qualifizierte Befragte, wovon 2,344 in Deutschland befragt wurden.

Um Repräsentativität herzustellen, wurde ein komplexes Quotendesign und detaillierte Schichtungsvariablen verwendet und nach der Datenerhebung eine geringfügige Gewichtung vorgenommen.

Für die ostdeutschen Bundesländer wurde eine zusätzliche Stichprobe von 379 erhoben um aussagekräftige Ergebnisse für Ostdeutschland zu erhalten.

Eine ausführliche methodische Anmerkung ist im Bericht UNITED IN A BLEAK OUTLOOK aus dem Juni 2024 vorhanden.

Autor*innen



NEELE EILERS

Projektleitung und Research Fellow

Neele ist Research Fellow bei d|part und leitet das aktuelle Forschungsprojekt zu politischen Einstellungen der europäischen Öffentlichkeit im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament 2024. Ihre Forschung konzentriert sich auf Themen der Ungleichheit, Demokratie, pluralistische Gesellschaften und antidemokratische Einstellungen, wobei sie sowohl qualitative als auch quantitative Methoden anwendet.

Neele studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Internationale Beziehungen in Berlin und London (MA) sowie in Bonn (BA). Praktische Erfahrungen hat sie durch ihre Arbeit im öffentlichen Dienst, in der Wissenschaft und bei mehreren internationalen Stiftungen und Organisationen gesammelt.



TOBIAS SPÖRI

Senior Research Fellow

Tobias forscht zu Demokratie, politischer Partizipation und politischen Einstellungen, mit besonderem Schwerpunkt auf europäischer Politik und den aktuellen Herausforderungen für die Europäische Union. An der Universität Wien promovierte er zum Thema politische Partizipation und Generationen in Mittel- und Osteuropa.

Tobias hat Politikwissenschaft in Wien (MA) und Frankfurt am Main (BA) studiert. Im Anschluss an sein Studium war er Doktorand am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und arbeitete als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Höhere Studien (IHS) in Wien und am German Marshall Fund of the United States in Washington, DC.

d | part ist ein gemeinnütziger, unabhängiger und überparteilicher Think Tank mit Sitz in Berlin und führt Forschung zur Förderung von politischer Partizipation durch

Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, eine Gesellschaft zu werden, in der alle Menschen in politischen Prozessen mitsprechen, mitmachen und sich beteiligen können. Um dies zu erreichen, müssen wir politische Partizipation besser verstehen, stärken und weiterentwickeln.

In unserer Arbeit verfolgen wir das Ziel, mit evidenzbasierter Forschung und wissenschaftlicher Expertise neue Erkenntnisse zu gewinnen, die wir aktiv in die Politik und in gesellschaftliche Debatten einbringen sowie an verschiedene Zielgruppen herantragen. Zu diesen zählen staatliche Institutionen, Politiker:innen und Parteien, zivilgesellschaftliche Organisationen, Medien, öffentliche Verwaltungen, aber insbesondere auch gesellschaftliche Gruppen, die sonst eher schwerer oder seltener von "der" Politik erreicht werden.

Besondere Expertise haben wir in der Arbeit zur gesellschaftspolitischen Beteiligung von Gruppen, die oft politisch unterrepräsentiert sind. Unser Schwerpunkt liegt hierbei auf jungen Menschen, Menschen mit Migrationsbiografien und Menschen mit niedrigerem sozio-ökonomischen Status.

Veröffentlicht im August 2024

© d|part. Skalitzer Straße 33, 10999 Berlin, Germany

Mit finanzieller Unterstützung der Open Society Foundation gGmbH in Kooperation mit Open Society Foundations.

Diese Publikation ist - ebenso wie ein ausführlicher Bericht - als PDF-Datei auf der Projekt-Website unter einer Creative-Commons-Lizenz verfügbar, die das Kopieren und Verbreiten der Publikation erlaubt, allerdings nur in ihrer Gesamtheit, solange d|part genannt wird und zur Verwendung für nichtkommerzielle Bildungs- oder öffentliche Zwecke.

Grafiken dürfen ohne Zustimmung nicht getrennt von der Publikation verwendet werden.

KONTAKT

LEA GRONENBERG
Head of Communications

l.gronenberg@dpert.org
+49 15566 917551

d | part
Forschung für politische Partizipation
gemeinnützige UG (haftungsbeschränkt)

www.dpart.org

Skalitzer Str. 33
10999 Berlin

Represented by CEO Dr. Jan Eichhorn and CEO Dr. Götz Harald Frommholz

dpart is registered at the register court Berlin Charlottenburg,
register number HRB 155764 B, VAT ID: DE293672192